

JAMAICA

Gefährlicher Pate

Der Prozess gegen den vorige Woche an die USA ausgelieferten Gangsterboss Christopher „Dudus“ Coke, 41, bringt die Regierung der Karibikinsel in Bedrängnis. Premierminister Bruce Golding fürchtet, dass der Pate von Kingston vor der US-Justiz über seine Verbindungen zur politischen und wirtschaftlichen Elite Jamaikas aussagt. Coke, der in den USA wegen Drogenhandels und Waffenschmuggels gesucht wird, hofft auf Strafminderung, wenn er mit der US-Justiz kooperiert. Mit Drogengeldern hatte er ein Firmenimperium aufgebaut. Premier Golding und seine Labour-Partei ließen seiner Beraterfirma Incomparable Enterprise millionen-



LOUIS LANZANO / AP (L.); BOGDAN KREZEL / PRZEKROJ / VISAVIS.PL / FORUM (U.)

Coke nach der Auslieferung

schwere Staatsaufträge zukommen. Cokes Gangster haben in den Slums sogar Wahlkampf für den Premier gemacht. Golding hatte der Auslieferung erst auf massiven Druck aus Washington zugestimmt. Bei Razzien im Elendsviertel Tivoli Gardens, wo sich die Anhänger Cokes verschanzt hatten, waren Ende Mai mehr als 70 Menschen ums Leben gekommen, in der Hauptstadt herrschten tagelang bürgerkriegsähnliche Zustände. Coke war vergangene Woche auf dem Weg in die US-Botschaft verhaftet worden, wo er sich den amerikanischen Behörden stellen wollte. Er war in Begleitung eines evangelikalen Predigers, der bereits in mehreren Fällen die Auslieferung jamaikanischer Gangster in die USA ausgehandelt hatte.



Kirgisin in ihrem zerstörten Haus in Osch

KIRGISIEN

„Gewöhnliche Schlägerei“

Kurmanbek Bakijew, im April gestürzter Staatschef Kirgisiens, schätzt auch in seinem weißrussischen Exil weiterhin die Anrede „Herr Präsident“. Dennoch kündigte er bei einem Abendessen in Minsk, gereicht wurden Langusten und Hennessy-Cognac, gegenüber dem SPIEGEL seinen Rückzug aus der Politik an. Bakijew wies Anschuldigungen zurück, er habe den Aufruhr in seinem Heimatland angestachelt. Die Unruhen, bei denen allein in der süd-

lichen Provinzhauptstadt Osch bis zu 2000 Menschen getötet wurden, seien „nicht durch Provokateure, sondern durch eine gewöhnliche Schlägerei in einem Casino“ ausgelöst worden. Schuld an der Tragödie trage allein die Übergangsregierung von Rosa Otunbajewa, die „leichtfertig und verantwortungslos agiert, wie eine Frau eben“. Bakijew will jetzt in seinem Gastland Weißrussland ein Unternehmen gründen. Das Geld dafür bringe er mit, schließ-

POLEN

„Kaczyński ist nicht antideutsch“



Pawel Kowal, 34, außenpolitischer Berater des Präsidentschaftskandidaten Jaroslaw Kaczyński, über dessen Haltung zu Europa

SPIEGEL: Cornelia Pieper, die Koordinatorin für die polnisch-deutsche Zusammenarbeit, hat die Polen indirekt aufgefordert, nicht Jaroslaw Kaczyński zu wählen. Sonst würde sich das Land von der EU entfernen. Wie wurde das in Polen aufgenommen?

Kowal: Frau Pieper sollte sich nicht in die inneren Angelegenheiten Polens einmi-

schen. Das untergräbt das gegenseitige Vertrauen.

SPIEGEL: Muss sie zurücktreten?

Kowal: Das ist eine Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

SPIEGEL: Wird sich das Verhältnis Polens zur EU verschlechtern, wenn Kaczyński die Wahl am 4. Juli gewinnt?

Kowal: Davon kann keine Rede sein. Ich war neulich dabei, als Kaczyński die Botschafter der EU-Länder in Warschau traf. Sie haben ihn als einen anspruchsvollen Partner wahrgenommen.

Kaczyński kennt die Mechanismen der Union genau und weiß sie für das Wohl Polens und Europas zu nutzen.

SPIEGEL: Wird er die Einführung des Euro in Polen unterstützen?

Kowal: Der Euro kann eingeführt werden, wenn es dem jeweiligen Land wirtschaftlich nützt.

SPIEGEL: Wann ist Polen so weit?

Kowal: Es wäre leichtfertig, angesichts der Krise über konkrete Daten zu reden.



VASILY FEDOSENO / REUTERS

CHINA

Hilfe für die Mutigen

Informanten, die über Korruption berichten, sollen künftig besser geschützt werden. Das sieht eine neue gesetzliche Regelung vor, die der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses vorige Woche debattierte. Jeder, der die persönlichen Daten eines Informanten enthüllt, muss dann Strafe fürchten. Für Aufregung hatte ein Bericht der Obersten Staatsanwaltschaft gesorgt, wonach rund 70 Prozent der Hinweisgeber hinterher Opfer von Racheakten wurden. Mal rächen sich die der Korruption Verdächtigten, indem sie den Informanten ihren Job kündigen, mal lassen sie ihre Ankläger

sogar ins Gefängnis werfen. Immer wieder startet die Zentralregierung Kampagnen zur Korruptionsbekämpfung. So hatte sie im vergangenen Jahr eigens eine nationale Hotline eingerichtet, bei der Bürger Fälle melden können; über 290 000 Berichte gingen bisher ein. Doch aus Angst vor Vergeltung geben viele Chinesen nur noch anonyme Hinweise. Das Ansehen von Funktionären ist in der Bevölkerung ohnehin gering: Einer Umfrage zufolge finden die Chinesen Prostituierte vertrauenswürdiger als Regierungsbeamte. Das kommentierte die staatliche „China Daily“ mit dem Hinweis, immerhin seien die Funktionäre nicht auf dem letzten Platz gelandet. Angesichts der vielen Beamtenkandale sei dieses Ergebnis doch gar nicht schlecht.

lich habe er „lange Jahre gearbeitet“. Nichtregierungsorganisationen werfen ihm aber vor, sich als Präsident in Kirgisien bereichert zu haben. Bakijew gibt Russland und den USA die Schuld an seinem Sturz: Moskau habe Anfang 2009 versucht, ihn davon zu überzeugen, die US-Militärbasis in Manas nahe Bischkek zu schließen. Als Gegenleistung seien zwei Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe in Aussicht gestellt worden. Manas ist eine wichtige Nachschubbasis für den Krieg in Afghanistan. Als Bakijew darauf nicht eingegangen sei, habe Russland ihn fallen lassen – und die Amerikaner hätten nichts zu seinem Schutz getan.

Wichtig ist, dass die Länder der sogenannten alten EU in Polen einen Partner sehen und nicht einen Bittsteller.

SPIEGEL: Kaczyński ist immer wieder als Kritiker der Deutschen und ihres Geschichtsbildes aufgetreten.

Kowal: Kaczyński ist nicht antideutsch. Sie finden in ganz Polen niemanden, der zum Beispiel das Vertriebenen-Zentrum in Berlin für eine Idee der Völkerversöhnung hält. Wir wollen jetzt die Gemeinsamkeiten mit den Deutschen betonen.

SPIEGEL: Welche sind das?

Kowal: Kaczyński hat schon als Premier 2006 mit Kanzlerin Merkel über eine gemeinsame Verteidigungspolitik gesprochen. Auch sollten wir uns über eine Politik gegenüber Russland verständigen. Wir suchen Partner, um Sicherheit bei der Energieversorgung herzustellen. Auch Deutschland kann so ein Partner sein, wobei die Ostsee-Pipeline zwischen der Bundesrepublik und Russland an Polen vorbei nicht in unserem Interesse liegt.



DOMINIQUE BERRAIN / GAMMA / LAIF

Saudi-arabische Autofahrerin

SAUDI-ARABIEN

Brust raus

Entweder uns wird das Autofahren erlaubt, oder wir geben Ausländern die Brust.“ Das ist der Slogan einer Kampagne, mit der saudi-arabische Frauen ihr Recht auf den Führerschein durchsetzen wollen. Vor kurzem hatte Scheich Abd al-Muhsin Ubaikan, Mitglied des Obersten Rats der Religionsgelehrten, eine Fatwa erlassen. Danach verbiete der Islam Frauen zwar, ihr eigenes Auto zu fahren. Es gebe aber eine Möglichkeit, allein mit einem (meist ausländischen) Fahrer unterwegs zu sein: „Eine Frau kann einem erwachsenen Mann die Brust geben, so dass er ihr Sohn wird“, verkündete der Scheich. „So kann er mit ihr und ihren Töchtern zusammen

sein, ohne die Lehren des Islam zu verletzen.“ Die Schriftstellerin Susan al-Maschhadi fragt nun: „Müssen die Frauen den Fahrer in Anwesenheit ihres Mannes stillen, oder können sie es auch allein? Wer beschützt die Frau, wenn der Gatte unerwartet nach Hause kommt und seine Frau beim Säugen des Fahrers auffindet?“ Ubaikan präzierte später, man könne die Muttermilch natürlich auch in einer Tasse zu sich nehmen. Amal Sahid, eine der Initiatorinnen der Kampagne, sagte der Zeitung „Gulf News“: „Jede saudi-arabische Familie braucht einen Fahrer, und unsere Kampagne konzentriert sich auf das Recht der Frauen zu fahren.“ Kürzlich soll ein ägyptischer Chauffeur seine Stammkundin, eine Lehrerin, mit der Bitte überrascht haben, ihm die Brust zu geben: „Ich will Ihr Sohn sein.“